76. Jahrgang. Nr. 268 Donnerstag, 9. Juni 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden. Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241. Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011. Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.20 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.20 Mk. einschließlich 58 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Sachsens 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. abz. Reihenabschlag lt. Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 20 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Zwangssparkasse für preußische Beamte

Notverordnung des Preußenkabinetts

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 8. Juni. Die preußische Regierung hat, um den Etat für 1932 auszugleichen, sich veranlaßt gesehen, eine neue Notverordnung zu erlassen, die folgende Maßnahmen vorsieht: Die Stundungen der Hauszinssteuer, die bisher für Lohnempfänger bis zu 1200 Mark jährlich durchgeführt wurden, werden künftig nur Einkommen bis zu 800 Mark betreffen. Es werden praktisch also nur noch die Wohlfahrtserwerbslosen die Hauszinssteuer gestundet erhalten. Als zweiter Punkt ist die Einführung der Schlachtsteuer ab 1. Juli d. J. vorgesehen. Der Finanzminister ist ermächtigt, die Hausschlachtung von Schweinen freizustellen und wird dies, wie man mitteilt, alsbald tun. Ferkel sind ebenfalls frei von der Schlachtsteuer. Für Schweine im Gewicht von 30 bis 75 Kilo beträgt der Steuersatz 5 Mark, von 75 bis 125 Kilo 8 Mark und über 125 Kilo 10 Mark. Im allgemeinen entsprechen diese Sätze den bayrischen Sätzen. **Die dritte Maßnahme erstreckt sich auf die Kürzung der Gehälter der preußischen Beamten und Behördenangestellten. In diese Kürzung sind auch die Gemeindebeamten einbezogen, dagegen die Mitglieder der Schupo nicht.**

In Form einer Zwangssparkasse werden von verheirateten Beamten mit Kindern 2,5 Prozent ihrer Einkünfte, von kinderlosen Ehepaaren und Junggesellen 5 Prozent ab 1. Juli einbehalten.

Der einbehaltene Betrag soll ab 1. Juli 1937 rückzahlbar sein und sofort fällig werden im Todesfalle, oder bei Angestellten im Falle des Ausscheidens aus dem Dienstverhältnis. Diese Beträge bleiben unverzinst. Der Rest des Defizits soll durch Sachabstriche gedeckt werden. Damit ist nach Mitteilungen des preußischen Finanzministers der materielle Ausgleich des Etats vollzogen. Eine Aussprache mit den Reichsinstanzen über die im Reich eventuell geplante Beschäftigtensteuer, die ja die preußischen Beamten doppelt treffen würde, hat nicht stattgefunden. Der Etat soll vom Parlament verabschiedet werden. Die Notverordnung kann infolgedessen durch den Preußischen Landtag nicht aufgehoben werden.

Wie weiter mitgeteilt wird, soll die Kassenlage des preußischen Staates bis zum Ende des Etatsjahres vollständig gesichert sein. Wie diese Sicherung der Kassenlage herbeigeführt worden ist, wird an den amtlichen preußischen Stellen verschwiegen. Offenbar spielt hier aber der Kredit eine gewisse Rolle, den man nach von preußischen Stellen bestätigten Meldungen anstrebt. Es handelt sich dabei um einen Betrag von etwa 30 bis 40 Millionen Mark, der als reiner Kassenkredit gegeben werden und nicht zum Ausgleich des Haushalts dienen soll. Man erklärt, daß dieser „Ueberbrückungskredit" die Schwierigkeiten beseitige, die sich bis zum Wirksamwerden der Notverordnung sonst eingestellt hätten.

Die plötzliche, von Preußen angeordnete Gehaltsminderung hat die Beamtenschaft in die größte Aufregung versetzt. Der Reichsbund der höheren Beamten, der bereits vor einigen Tagen den Schutz der Reichsregierung „gegen die, immer mehr um sich greifende Willkür und Ungleichheit der Beamtenbesoldung" angerufen hatte, forderte in einem Telegramm an den Reichskanzler Einwirkung gegen die Absichten der preußischen Regierung. Ebenfalls will der Landesverband der höheren Beamten Preußens alle Fraktionen des Landtages auffordern, die Schlechterstellung der preußischen Beamten durch sofortige Anträge auf Aufhebung dieser Notverordnung zu verhindern.

Die Gleichschaltung von Reich und Preußen

München, 8. Juni. Der neue Reichsjustizminister Dr. Gürtner gab in diesen Tagen der „München-Augsburger Abendzeitung" Gelegenheit zu einer Unterredung, in der u. a. über die Ansichten der Reichsregierung über den Fragenkomplex „Reich und Länder" gesprochen wurde. Der Minister erklärte u. a., daß an der Spitze der Fragen, die er vor der Annahme der an ihn gerichteten Aufforderung in persönlicher Aussprache mit dem Reichskanzler v. Papen geklärt habe, die Frage nach dem Verhältnis des Reiches zu den Ländern gestanden habe. Er erklärte,

daß von dieser Regierung selbstverständlich keinerlei Reformen im Sinne einer Abwürgung der Länder beabsichtigt würden.

Woran man denke, sei die sogenannte „Gleichschaltung" von Reich und Preußen, wobei eine Aufnahme des preußischen Ministerpräsidenten in die Reichsregierung möglich sei. Ob aber diese Mitgliedschaft mit einer Vereinigung von Ministerposten im Reich und in Preußen verbunden sein würde, sei noch eine offene Frage.

Preußenlandtag vermutlich am 14. Juni

Berlin, 8. Juni. Dem Ersuchen des Reichskanzlers, den Preußischen Landtag früher als zum 22. Juni einzuberufen, wird vom Aeltestenrat, der bekanntlich am Freitag zusammentritt, wahrscheinlich entsprochen werden. Man nimmt in parlamentarischen Kreisen an, daß der Landtag voraussichtlich am Dienstag, dem 14. Juni, zusammentreten wird. Auf der Tagesordnung der nächsten Landtagssitzung wird die Wahl des Ministerpräsidenten stehen, vorausgesetzt, daß darüber eine Einigung im Aeltestenrat erzielt wird.

Sammelruf volksparteilicher Führer

Berlin, 8. Juni. Die bisherigen volksparteilichen Reichstagsabgeordneten Hofbesitzer Meyer zu Helm und Staatssekretär z. D. Schmid (Düsseldorf) sind heute aus der Deutschen Volkspartei ausgetreten. Sie begründen ihren Schritt damit,

daß der Parteivorsitzende Dingeldey vor den Parteiinstanzen die Partei preisgegeben und sich auf den Versuch einer neuen Parteigründung festgelegt habe.

Ein derartiger Versuch sei aber gegenwärtig aussichtslos und gefährde lediglich durch Stimmenzersplitterung den Wahlsieg der nationalen Sache. Die beiden Abgeordneten richteten zugleich an ihre Freunde im Lande die Aufforderung, sich bei der kommenden Reichstagswahl unter Zurückstellung aller früheren Gegensätze und persönlichen Voreingenommenheiten

mit ihnen in der Deutschnationalen Volkspartei zu sammeln, die in der nationalen Front neben der großen nationalsozialistischen Bewegung allein noch Lebenskraft besitze

und als die Heimat des nationalen Bürgertums einen unentbehrlichen Faktor unseres öffentlichen Lebens bedeute.

Der Führer der Volkspartei, Dr. Dingeldey, erklärte auf Anfrage, daß ihm von einem derartigen Schritt der beiden Abgeordneten zwar noch nichts bekannt sei, daß er ihn aber für durchaus möglich halte. Im übrigen entspreche es nicht den Tatsachen, daß er die Volkspartei preisgegeben habe; er habe nur den Standpunkt vertreten, daß es wünschenswert wäre, wenn die verschiedenen bürgerlichen Parteien einschließlich der Deutschnationalen Partei sich zu einer großen bürgerlichen Partei zusammenschlössen, daß aber ein bedingungsloses Aufgehen der Volkspartei in der Deutschnationalen Volkspartei nicht wünschenswert sei, weil dann große Teile des Bürgertums nicht mitgehen würden.

Die Christlichsozialen marschieren getrennt

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 8. Juni. Die Reichstagsfraktion des Christlichsozialen Volksdienstes hielt am Dienstag eine Sitzung ab, in der die letzten politischen Ereignisse noch einmal eingehend durchgesprochen wurden. Wie wir erfahren, will der Christlichsoziale Volksdienst wie bei den Länderwahlen auch bei den bevorstehenden Reichstagswahlen wieder ohne jede Bindung an andere Parteien selbständig in den Wahlkampf ziehen. Damit wäre leider wie in Preußen mit einem nicht unerheblichen Stimmenverlust durch die Unmöglichkeit zu rechnen, die notwendigen Grundmandate zu erlangen.

Ein Aufruf der Wirtschaftspartei

Berlin, 8. Juni. Im Reichstag trat am Dienstag unter dem Vorsitz des Abgeordneten Mollath die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei gemeinsam mit dem Parteivorstand zu einer Tagung zusammen, die einer Aussprache über die gegenwärtige politische Lage und über das Vorgehen im bevorstehenden Reichstagswahlkampf diente. Die Verhandlungen wurden durch längere Ausführungen des Parteivorsitzenden Drewitz eingeleitet.

Es wurde folgender Beschluß veröffentlicht:

Parteivorstand und Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei erörterten in gemeinsamer Sitzung die politische Situation. Einmütig stehen sie auf dem Standpunkt, daß die politische Lage das nationale, freiheitliche, deutsche Bürgertum gegen jede Unterdrückung, gegen die Gefahr der Diktatur über alle Parteischranken hinweg in eine große Einheitsfront zwingen muß. Die Wirtschaftspartei ruft daher in Erkenntnis dieser Sachlage in Erneuerung dieses Beschlusses von Leipzig das nationale, die Freiheit liebende, Unterdrückung und diktatorischen Terror verachtende und bekämpfende Bürgertum auf, sich über alle Parteibindungen hinweg in der neuen Front der schaffenden nationalen deutschen Menschen zusammenzufinden.

Vor Beschlüssen des Landvolks

Berlin, 8. Juni. Der Parteivorstand der Landvolkpartei wird am Freitag in Berlin zusammentreten, um über die Stellungnahme der Partei zu der neuen Reichsregierung und über die Haltung der Partei zum bevorstehenden Wahlkampf Beschluß zu fassen. Bei dieser Gelegenheit dürften auch die verschiedenen Bestrebungen zur Sammlung der Mittelparteien eingehend besprochen werden.

Das Ziel und der Weg

Noch nie war vor einer Wahl das Kampfziel so klar wie diesmal. Der sozialdemokratische „Vorwärts" hat den Sinn der Entscheidung recht gut erfaßt, wenn er meint, daß das Kabinett Papen den Reichstag deshalb aufgelöst habe, damit mehr Nationalsozialisten und Deutschnationale und weniger Marxisten und Zentrumsleute zurückkehren. Mit anderen Worten: Damit eine Mehrheit zustande kommt, die beim Kurswechsel in Deutschland auf den Widerstand des Zentrums keine Rücksicht mehr zu nehmen braucht.

Das ist das Ziel. Und wie sind die Aussichten? Nach den Erfahrungen der letzten Länderwahlen ist es unmöglich, sie mit dem Rechenstift festzulegen. Zuviel seelische Unwägbarkeiten und Stimmungsmomente schwingen mit, und die Zeitverhältnisse sind überraschenden politischen Wandlungsprozessen sehr günstig. Noch vor einem Vierteljahr hat sich die Linkspresse an Hand von sorgfältigen Wahlvergleichen und Statistiken die größte Mühe gegeben, mit mathematischer Sicherheit nachzuweisen, daß der größte Ausdehnungsradius des Nationalsozialismus etwa bei 40 Prozent der Gesamtstimmenzahl liege und hier eine feste Grenze finde, die er niemals überschreiten könne. Im Glauben an diese These hat sich ja auch Brüning zur Festlegung gegen die Hitlerbewegung verführen lassen und dieser Irrtum hat ihm politisch den Hals gebrochen. Denn der Nationalsozialismus hat inzwischen in Oldenburg und in Mecklenburg bereits die ominösen 50 Prozent erreicht, die man ihm unter keinen Umständen zubilligen wollte. Eine Macht, die ihre Anziehungskraft aus den vergrabenen Gemütswerten der Volksseele schöpft, hat alle rationalistischen Berechnungen über den Haufen geworfen.

Umgekehrt wäre es ebenso falsch, diese Ergebnisse auf das Reich zu übertragen und die Hände in den Schoß zu legen im Vertrauen darauf, daß es die Nazi schon schaffen werden. Denn die beiden Länder, in denen sie die Mehrheit erreicht haben, sind agrarische norddeutsche Landstriche mit besonders günstigem Boden für die nationalsozialistische Propaganda. Bei den Reichstagswahlen kommt der Süden und der Westen mit ganz anderer Struktur dazu, mit Unterschieden stämmischer, wirtschaftlicher, sozialer und religiöser Art, die der nationalsozialistischen Welle und auch der deutschnationalen Durchdringung viel stärkere Hemmungen entgegenstellen. Bei der zweiten Präsidentenwahl hatte bisher Hitler im Reichsdurchschnitt seinen Höhepunkt mit 37 % der Stimmen erreicht; daneben haben sich die Deutschnationalen in den Länderwahlen in einem Besitzstand von etwa 6 % behauptet. Nach Lage der Dinge ist es durchaus möglich, daß die beiden parlamentarischen Gruppen der nationalen Opposition in Verbindung mit dem Stahlhelm die noch fehlenden 8 % zur absoluten Mehrheit aus eigener Kraft erringen. Zur Sicherung dieses Ergebnisses darf man aber auch die nicht unbeträchtliche und am 31. Juli vielleicht ausschlaggebende Zahl jener rechtsbürgerlichen Wähler nicht außer acht lassen, deren politische Heimat in den zerschlagenen Parteien zwischen dem Zentrum und den Deutschnationalen ist. Diese zersprengten Scharen müssen irgendwie gesammelt und unter ehrenhaften Bedingungen für die nationale Sache gewonnen werden; dann kann der Erfolg nicht ausbleiben.

Ebenso unbestreitbar wie die nationalsozialistische Stoßkraft ist die Tatsache, daß es in der kommenden Entscheidung auch außerhalb der wertbeständigen Deutschnationalen Partei noch eine Millionenzahl von bürgerlichen Wählern geben wird, die bei aller Sympathie für die Nationalsozialisten ihnen aus grundsätzlichen Erwägungen, vielleicht wegen des sozialistischen Bestandteils im Namen dieser Partei, die Stimme nicht geben. Um ihre politische Seele wird in den nächsten Wochen ein heißer Kampf entbrennen, und es verlautet, daß die Verlegung des Wahltermins auf den spätestmöglichen Zeitpunkt mit von der Absicht bestimmt gewesen sei, ihnen Zeit zur Ueberlegung und zur Sammlung zu geben. Alle diese Bestrebungen wären ebenso wie in der Vergangenheit zum Mißerfolg verurteilt, wenn sie nicht zu dem gemeinsamen Ziel hinführten, eine sichere und möglichst große Mehrheit gegen die gestürzten Gewalten des schwarz-roten Systems und für den nationalen Neubau des Reiches zu schaffen.

Die Wahlen in Preußen, Bayern, Württemberg, Oldenburg und Mecklenburg haben keinen Zweifel mehr darüber gelassen, daß es in Deutschland nur noch fünf Parteien gibt, deren Gewicht in die Waagschale fällt: Kommunisten und Sozialdemokraten links, Deutschnationale und Nationalsozialisten rechts und das Zentrum in der Mitte. Alles was dazwischen stand, ist zur parlamentarischen Bedeutungslosigkeit zusammengeschrumpft, und zwar hat das Schicksal nicht nur politische Eintagsgebilde, sondern auch Parteien mit großer Vergangenheit ereilt. So schmerzlich das für die Veteranen dieser Parteien ist, die in Treue zu ihrer Ueberzeugung halten und es ablehnen, der großen Masse nachzulaufen, so wenig können sie sich als realpolitisch denkende Menschen der Einsicht verschließen, daß ihre Gruppen in der alten Form für die künftige Gestaltung des Deutschen Reiches einfach ausfallen. Und dem Beharrungsvermögen des organisatorischen Apparates, sowie dem Prestigestandpunkt, den er verteidigt, steht die wachsende Abneigung der